

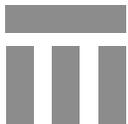
Dieter Rucht · Mundo Yang · Ann Zimmermann

Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen

Dieter Rucht · Mundo Yang
Ann Zimmermann

Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen

Das Beispiel Genfood



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15942-3

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	13
1 Theoretische Grundlagen und Forschungsstand	19
1.1 Öffentliche Diskurse	19
1.2 Besonderheiten der Internet-Kommunikation – Diskussions- und Forschungsstand	22
2 Der Risikodiskurs um Genfood	31
2.1 Risikokommunikation	31
2.2 Allgemeine Aspekte der Genfood-Debatte	34
2.3 Anwendungen und Risiken der grünen Gentechnik	41
2.4 Politische Kontroversen um direkte Folgen der grünen Genforschung	45
2.5 Kontroversen um wirtschaftliche und soziale Folgen	48
2.6 Kontroversen um Landwirtschaft, Lebensmittelmarkt und Verbraucherrechte	52
2.7 Der politische Regulierungsdiskurs	55
2.8 Genfood als eigenständiges und vielschichtiges Politikfeld	60
3 Empirische Untersuchungen	63
3.1 Untersuchungshypothesen	63
3.2 Methodische Konzeption der Studie	65
3.3 Kategorienbildung	69
3.4 Textanalyse von Zeitungsartikeln und Internet-Texten	76
3.4.1 Untersuchungsdesign	76
3.4.2 Auswertung der Textanalyse	80
3.4.3 Zusammenfassung der Textanalyse: Konstruktionen von Genfood in Zeitungsartikeln und Internet-Texten	136

3.5	Hyperlinkanalyse	142
3.5.1	Untersuchungsdesign	142
3.5.2	Ergebnisse	149
3.5.3	Zusammenfassung der Ergebnisse der Hyperlinkanalyse	165
3.6	Webseitenanalyse	165
3.6.1	Untersuchungsdesign	166
3.6.2	Auswertung der Webseiten	167
3.6.3	Zusammenfassung der Webseitenanalyse	174
4	Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse	177
4.1	Zu den Untersuchungshypothesen	178
4.2	Reflexionen zur Methode und Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse	181
5	Fazit	185
	Anhang A: Auswahl der Suchbegriffe	187
	Anhang B: Datenstruktur, Variablen und Variablenausprägungen	193
	Literaturverzeichnis	211

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i>	Protestereignisse zu Gentechnik und Landwirtschaft	37
<i>Abbildung 2:</i>	Berichterstattung über Genfood in der TAZ, 1992 bis 2005	40
<i>Abbildung 3:</i>	Das dreistufige Untersuchungsdesign	68
<i>Abbildung 4:</i>	Anzahl der Artikel zum Thema Genfood in den Zeitungen	86
<i>Abbildung 5:</i>	Adressaten (Y-Achse), an die sich die Sprecher (X-Achse) im Internet und in den Zeitungen wenden, nach Akteursgruppen	110
<i>Abbildung 6:</i>	Adressaten (Y-Achse), an die sich die Sprecher (X-Achse) im Internet und in den Zeitungen wenden, nach geographischen Bezügen	114
<i>Abbildung 7:</i>	Objektakteure (Y-Achse) der Forderungen/Handlungen der Sprecher (X-Achse) im Internet und in den Zeitungen nach Akteursgruppen	116
<i>Abbildung 8:</i>	Objektakteure (Y-Achse), für die die Forderungen/Handlungen der Sprecher (X-Achse) Konsequenzen haben, im Internet und in den Zeitungen nach geographischen Bezügen	118
<i>Abbildung 9:</i>	Struktur der Hyperlinks nach Akteurskategorien	161
<i>Abbildung 10:</i>	Struktur der Hyperlinks nach Herkunftsländern	163
<i>Abbildung 11:</i>	Ausschöpfung unterschiedlicher Medienformate	170
<i>Abbildung 12:</i>	Interaktivität der untersuchten Webseiten	174

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1:</i>	Internet-Texte nach Anbietern in Akteurskategorien	83
<i>Tabelle 2:</i>	Übersicht zur Datenstruktur der Textanalyse	91
<i>Tabelle 3:</i>	Texttypen im Internet und in den Zeitungen	94
<i>Tabelle 4:</i>	Tendenz der Texte zum Thema Genfood	95
<i>Tabelle 5:</i>	Texttendenz zu Genfood nach Suchwortkombinationen und Zeitungen (Häufigkeiten)	97
<i>Tabelle 6:</i>	Anteil von Texten mit Hyperlinks nach Ziel und Position	99
<i>Tabelle 7:</i>	Politische Sprecher/Handelnde nach Akteurskategorien	100
<i>Tabelle 8:</i>	Internet-Texte nach geographischem Bezug ihrer Anbieter	106
<i>Tabelle 9:</i>	Politische Sprecher/Handelnde nach geographischem Bezug	107
<i>Tabelle 10:</i>	Bewertung der Adressaten durch die Sprecher nach Akteursgruppen im Internet und in den Zeitungen	112
<i>Tabelle 11:</i>	Bewertung der Adressaten durch die Sprecher nach geographischen Bezügen im Internet und in den Zeitungen	115
<i>Tabelle 12:</i>	Objektakteure in der Kategorie „Sonstige“ im Internet und in den Zeitungen	116
<i>Tabelle 13:</i>	Art der Wirkung der Forderung/Handlung auf die Objektakteure im Internet und in den Zeitungen	117
<i>Tabelle 14:</i>	Art der Wirkung der Forderung/Handlung der Sprecher auf die Objektakteure nach geographischen Bezügen der Akteure im Internet und in den Zeitungen	119
<i>Tabelle 15:</i>	Formen politischer Stellungnahmen	120
<i>Tabelle 16:</i>	Unterthemen von Genfood	122
<i>Tabelle 17:</i>	Geographischer Bezug der Unterthemen von Genfood	124
<i>Tabelle 18:</i>	Positive und negative Frames in der Debatte um Genfood	131
<i>Tabelle 19:</i>	Tendenz der Unterthemen zu Genfood	133
<i>Tabelle 20:</i>	Verhältnis von Texttendenz und Positionierung zu Einzelthemen	134
<i>Tabelle 21:</i>	Anbieter aus dem ersten Download der Textanalyse	145
<i>Tabelle 22:</i>	Auswertung der erhobenen Hyperlinks	148
<i>Tabelle 23:</i>	Freeman's degree centrality measures der Ausgangsakteure	151
<i>Tabelle 24:</i>	Freeman's degree centrality measures der Zielakteure	152
<i>Tabelle 25:</i>	Ausgangsakteure nach Akteurskategorien	154

<i>Tabelle 26:</i>	Zielakteure und eingehende Hyperlinks nach Akteurskategorien	155
<i>Tabelle 27:</i>	Ausgangsakteure nach Herkunftsland	156
<i>Tabelle 28:</i>	Zielakteure nach Herkunftsland	157
<i>Tabelle 29:</i>	Ausgangsakteure nach Haltung zum Thema Genfood	158
<i>Tabelle 30:</i>	Zielakteure nach Haltung zum Thema Genfood	158
<i>Tabelle 31:</i>	Ausgangsakteure nach Bedeutung des Themas Genfood	159
<i>Tabelle 32:</i>	Zielakteure nach Bedeutung des Themas Genfood	159
<i>Tabelle 33:</i>	Hyperlinkstruktur nach Akteurskategorien	160
<i>Tabelle 34:</i>	Hyperlinkstruktur nach Herkunftsländern	162
<i>Tabelle 35:</i>	Hyperlinkstruktur nach Positionen zu Genfood	164
<i>Tabelle 36:</i>	Hyperlinkstruktur nach Akteurskategorien und Position	164
<i>Tabelle 37:</i>	Herkunft der ausgewählten Untersuchungseinheiten	167
<i>Tabelle 38:</i>	Geographischer Bezug der Anbieter	168
<i>Tabelle 39:</i>	Suchwortliste	189
<i>Tabelle 40:</i>	Auswahl der Suchwortkombinationen zum Thema Genfood	191

Vorwort

Diese Studie beruht in ihrem Kern auf einem Gutachten, das die Autoren im Auftrag des Deutschen Bundestages, vermittelt durch das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, im November 2004 vorgelegt haben. Allerdings geht der nun präsentierte Band in mehrfacher Hinsicht über das ursprüngliche Gutachten hinaus. Zum ersten wurde die empirische Untersuchung der medialen Thematisierung und Problematisierung von Genfood in einen breiteren Rahmen gestellt. Hierzu gehört eine im Vergleich zum Gutachten umfassendere Diskussion des Forschungsstands zur Risikokommunikation sowie zu den wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um Genfood. Zum zweiten haben wir an einigen Stellen die empirische Analyse verfeinert und vertieft. Schließlich wurden im Schlusskapitel unsere Ergebnisse im Lichte anderer einschlägiger Studien, auch wenn diese nicht Genfood zum Gegenstand hatten, diskutiert.

Wir danken dem Deutschen Bundestag und speziell dem dort angesiedelten Büro für Technikfolgenabschätzung, dass sie diese Studie ermöglicht und auch zur Publikation freigegeben haben. Wir sind zudem dankbar dafür, dass uns am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung die Bedingungen geboten wurden, um eine derartige Studie bzw. die darauf aufbauende Buchpublikation anzufertigen.

Berlin, im Oktober 2007

Dieter Rucht, Mundo Yang, Ann Zimmermann

Einleitung

Einzelne Vorteile des Internet stehen außer Zweifel. Man denke etwa an den schnellen Zugriff auf eine nahezu unendliche Fülle von angebotenen Informationen, die weltweit mögliche und bequeme Kommunikation per e-mail sowie die kommerzielle Nutzung des Netzes für Preisvergleiche und den Kauf bzw. die Verbreitung von Gütern und Diensten. Daneben wird das Internet, ursprünglich „eine US-amerikanische Erfindung aus der Zeit des Kalten Krieges“ (Ramonet 2005: 1), aber auch als ein Medium der politischen Kommunikation und vor allem der offenen, diskursiven und egalitären Meinungsbildung gepriesen. „Vom Internet wird erwartet, es werde ein ideales Instrument zur Förderung der Demokratie sein – und diese Erwartung gibt es noch immer.“ (Castells 2005: 165) Vielfach wird behauptet oder zumindest vermutet, das Internet habe eine Reihe von Eigenschaften, die einer aktiven Teilnahme der Bürgerschaft an öffentlichen politischen Debatten besonders förderlich seien. Insbesondere biete das Internet im Vergleich zu anderen Medien den Raum für ein breiteres Spektrum von Sprechern bzw. Akteuren, bilde damit auch ein differenzierteres Meinungsspektrum ab und erlaube insgesamt eine dezentrale und interaktive Kommunikation. Damit würden, so eine These, die Möglichkeiten für „civic learning and engagement“ vervielfacht (Bimber 2000: 323) und die Zivilgesellschaft gestärkt.¹ Zudem ermögliche das Internet, mit den herkömmlichen Medien kritischer umzugehen: „The monopoly of the traditional mass media will erode. No longer will the news editors and anchorpersons of television networks and newspapers solely determine what the mass audience learns and thinks about current events. An increasingly skeptical audience will be able to compare raw news reports with the predigested, incomplete, out-of-context and sometimes biased renditions offered by televisions and newspapers.“²

Im Sinne der demokratischen Teilhabe informierter und aktiver Bürgerinnen und Bürger wären all dies wünschenswerte Effekte. Aber stimmen diese Annahmen? Stellt das Internet jenen offenen Kommunikationsraum dar, in dem ein

¹ „The Internet has become a vitally important arena for civil society. While more powerful political and economic interests dominate traditional media, the Internet has allowed the voices of the ordinary citizens and organisations lacking strong financial resources to be heard.“ (GreenNet ULR, zit. nach Naughton 2001: 154)

² Charles Swett, ein Angestellter des Pentagon, zitiert nach Ferdinand (2000: 179).

breitenwirksamer und wahrhaft authentischer, offener und machtfreier politischer Diskurs stattfinden kann?³

Nach unserem Kenntnisstand liegen bisher kaum empirische Studien vor, in denen die Themen, Sprecher, Positionen/Meinungen sowie die Bezugnahme von Sprechern aufeinander im Kommunikationsraum Internet mit dem von herkömmlichen Medien, insbesondere Zeitungen, verglichen würden. Hier liegt der Ansatzpunkt unserer Arbeit. Wir wollten den vermuteten Annahmen über die Vorzüge des Internet im Rahmen einer überwiegend quantitativ ausgerichteten Analyse der Kommunikation zu einem kontroversen Thema im deutschsprachigen Raum nachgehen. Den Impuls dazu gab der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags. Er hatte, vermittelt durch das dem Bundestag zugeordnete Büro für Technikfolgen-Abschätzung, eine Projektausschreibung zum Thema „Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten“ vorgenommen. Die bereits in einer ersten Phase erstellten Gutachten, die vor allem den aktuellen Stand der Forschung zu bilanzieren hatten, sollten in einer zweiten Phase „durch empirische Untersuchungen netzbasierter Kommunikation ergänzt werden.“⁴ Die leitende Fragestellung der Ausschreibung zielte auf die Einschätzung der „Möglichkeiten und Auswirkungen des Internet hinsichtlich neuer Formen der Information, Kommunikation und Kooperation in Kultur und Politik“. Teilfragen richteten sich auf:

- die Veränderung der technischen und ökonomischen Grundlagen medialer Öffentlichkeit und deren Bedeutung für die Gestaltungs- und Interaktionsmöglichkeiten von Individuen sowie politischen Organisationen und sozio-kulturellen Gruppen,
- die neuen Möglichkeiten kultureller Selbstentfaltung und Teilhabe, des Wissenserwerbs sowie netzbasierter Interaktion für die Qualität politischer Diskurse, für Partizipationsansprüche und das Ziel der Chancengleichheit bei Information und Bildung,
- die Untersuchung der These vom Internet als einer neuen Form politischer Öffentlichkeit.

³ Skeptische Kommentare mehren sich in jüngster Zeit, basieren jedoch im Allgemeinen auf Common Sense-Argumenten oder einzelnen empirischen Illustrationen (z.B. Ayres 2000).

⁴ In einem ersten obligatorischen Schritt war eine Kartierung ausgewählter politischer Diskurse (Modul 1) gefordert. In zwei weiteren optionalen Vertiefungsschritten konnte eine vergleichende Nutzeranalyse ausgesuchter Angebote im Netz (Modul 2) sowie eine Inhaltsanalyse ausgewählter Angebote, die im Modul 1 als besonders interessant erkannt wurden, erstellt werden.

Auf diese Ausschreibung haben wir mit einem Angebot reagiert, aus dem die Auftragsstudie hervorgegangen ist. Diese bildet wiederum die Grundlage für die hier in Buchform vorgelegte erweiterte Studie. Wir haben uns letztlich dazu entschieden, die vom Auftraggeber gestellten Fragen am Beispiel des Diskurses zum Thema *Genfood* zu untersuchen. Es handelte sich dabei lediglich um *eine* thematische Option neben anderen (z.B. neben dem Zuwanderungsgesetz), die den geforderten bzw. nahe liegenden Auswahlkriterien entsprach, nämlich:

- thematisch relativ klar abgrenzbar,
- Gegenstand aktueller Debatten („Echtzeitrecherche“, da ansonsten die Internet-Kommunikation nicht oder nur in teilweise zufälligen Ausschnitten rekonstruierbar wäre),
- den Handlungsbereich des Deutschen Bundestages berührend,
- eine breitere Öffentlichkeit ansprechend.

Die Festlegung auf das Thema *Genfood* erfolgte in Absprache mit dem Auftraggeber der Studie. Für uns stand dabei nicht das Thema also solches im Mittelpunkt, also weder die im Einzelnen eingenommenen Positionen, vorgebrachten Argumente und eingeschlagenen Kommunikationsstrategien, noch die damit verbundenen bzw. daraus hervorgehenden politischen Entscheidungen. Vielmehr galt es, die vermutete Besonderheit der Internet-Kommunikation exemplarisch an einem kontroversen Thema zu untersuchen⁵, das es uns erlauben sollte, die gestellten Fragen – im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten und bezogen auf ein Fallbeispiel – zu beantworten. Den Ausgangspunkt dazu bildeten insbesondere folgende Annahmen über Spezifika des Internet:

- Auch ressourcenschwache politische Akteure können mit ihren Anliegen eine relativ breite Öffentlichkeit erreichen.
- Ansonsten eher randständige und wenig beachtete Themen können größere Sichtbarkeit erlangen.
- Im Vergleich zu den herkömmlichen Massenmedien bietet die netzbasierte Kommunikation ein breiteres argumentatives Spektrum im Rahmen politischer Diskurse.
- Es wird eine interaktive und dezentrale Kommunikation weitgehend ohne Ansehen der Person bzw. Gruppe ermöglicht.

Diese Fragen, so unsere zentrale forschungsstrategische Überlegung, lassen sich nicht durch den – zumeist üblichen – isolierten und teilweise durch Wunschen-

⁵ Damit stellt sich die Frage der Repräsentativität des gewählten Diskursgegenstands für politische Diskurse schlechthin. Wir kommen auf diese Frage in Kapitel 4 zurück.

ken getriebten Blick auf Internet-Kommunikation, sondern nur durch den *systematischen Vergleich* der Kommunikation im Internet und in etablierten Medien (hier: Zeitungen) beantworten. Obgleich die Analyse netzbasierter Kommunikation im Zentrum des Interesses steht, gelten somit doch erhebliche Energien auch der Analyse des Diskurses in herkömmlichen Medien. Im Einzelnen wird anhand eines Themenfeldes und bezogen auf die beiden Gattungen der Online- und Offline-Kommunikation untersucht,

- ob und wie sich das Spektrum der Akteure unterscheidet,
- ob und wie sich die Interaktion zwischen Kommunikationsteilnehmern unterscheidet,
- ob und wie sich die Informationsangebote unterscheiden,
- ob und wie sich das Spektrum an Subthemen und Argumenten unterscheidet,
- welche Diffusionseffekte und expliziten Verweise zwischen beiden Mediengattungen vorliegen.

Analysiert wurden Texte, Links und Webseiten im Internet sowie Texte in Zeitungen innerhalb eines Zeitraums von zehn Wochen im Sommer 2004. Dabei haben wir hinsichtlich der Internetanalyse teilweise innovative methodische Wege beschritten, da für diese Art von Untersuchung keine ausgereiften und weithin praktizierten Verfahren bereit stehen. Diese Verfahren sowie ihre Voraussetzungen und Begründungen werden zunächst in einem Überblick zum methodischen Vorgehen erläutert (3.2 und 3.3). Weitere, den drei zentralen Untersuchungsblöcken vorangehende methodische Ausführungen beschreiben diese Schritte dann im Einzelnen.

Der Einleitung zu dieser Studie folgt als erstes ein Kapitel zu den theoretischen Grundlagen und dem Forschungsstand unserer Thematik. Das zweite Kapitel gibt einen Überblick zu Fragen der Risikokommunikation und insbesondere der Auseinandersetzung um Genfood in den wichtigsten Arenen (Wissenschaft, Öffentlichkeit, regulative Politik). Das zentrale und mit Abstand umfangreichste dritte Kapitel ist unserer empirischen Primäruntersuchung gewidmet. Den Bemerkungen zum Untersuchungsdesign und methodischen Vorgehen folgen die drei an jeweils verschiedenen Untersuchungsweisen orientierten Blöcke: (1) die Inhaltsanalyse von Texten im Internet und in Zeitungen, (2) die Hyperlinkanalyse und (3) die Webseitenanalyse. Im abschließenden vierten Kapitel werden die Befunde im Lichte der anfangs vorgestellten Fragen und Hypothesen eingeordnet und interpretiert, hinsichtlich ihrer Verallgemeinerbarkeit bewertet und mit den Ergebnissen anderer Studien verglichen.

Wir gehen nicht davon aus, mit dieser Studie definitive Antworten bieten zu können, bleibt sie doch auf ein Sachthema (Genfood), einen Sprachraum (deutsch), eine kurze Zeitspanne (Sommer 2004) und relativ kleine Ausschnitte (z.B. bestimmt durch eine Suchmaschine) aus der Vielzahl der Medienangebote beschränkt. Immerhin legen wir innerhalb dieses engen Rahmens empirisch fundierte Ergebnisse vor, deren Untersuchung in anderen und weiter gespannten Feldern wünschens- und lohnenswert erscheint. Zudem zeichnen wir im Hinblick auf die Untersuchung der politischen Potentiale des Internet methodische Wege auf, die künftige Arbeiten inspirieren könnten.

1 Theoretische Grundlagen und Forschungsstand

Fragt man nach der Art und Weise, in der das Internet politische Kommunikationsprozesse verändert, so ist zunächst zu klären, auf welche spezifische Form von politischer Kommunikation man sich bezieht. Den Gegenstand unserer Untersuchung bildet politische Kommunikation im Sinne solcher Diskurse. Nach der Darstellung der Funktionen und Strukturen öffentlicher Diskurse in modernen demokratischen Gesellschaften (vgl. 1.1) wenden wir uns der Frage zu, wie das Internet diese Strukturen verändern könnte (vgl. 1.2). Anhand eines Überblicks über die wissenschaftliche Diskussion werden positive und negative Erwartungen aufgezeigt, die mit dem neuen Medium verbunden werden. Vor dem Hintergrund einer kritischen Diskussion des empirischen Forschungsstands wird das eigene methodische Vorgehen skizziert.

1.1 Öffentliche Diskurse

Öffentlichkeit ist nicht gleich Öffentlichkeit. In autoritären oder diktatorischen Systemen fungiert sie als ein Raum der symbolischer Machtdarstellung und staatlich gelenkter Agitation. Da freie Themenwahl und erst recht freie Meinungsäußerung unterbunden werden, besteht Öffentlichkeit lediglich im Sinne eines für alle sichtbaren Podiums. Was dort stattfindet, ist einer strengen Regie unterworfen. Teilweise wird sogar die Bevölkerung verpflichtet, an öffentlichen Darstellungen als Komparsen oder Zuschauer teilzunehmen. In demokratischen Systemen dagegen ist Öffentlichkeit ein Raum, in dem sich Kommunikationsprozesse relativ frei entwickeln können. Öffentlichkeit ist somit eine Art Marktplatz für Kommunikationen. Der Zugang von Publikum und Sprechern, die Themenwahl und die Positionen zu den Themen unterliegen im Prinzip und somit idealiter keinen Restriktionen, wenngleich, weitgehend verdeckt, Vermachtungsprozesse in demokratischen Öffentlichkeiten erkennbar sind (Habermas 1962). In der autoritär reglementierten wie der liberal strukturierten Form wird Öffentlichkeit mit der Metapher eines Raums umschrieben. Zugleich wird in demokratischen Kontexten der Begriff Öffentlichkeit im Sinne eines Makroakteurs verwendet, der in bestimmten Situationen eine konsonante Position entwickelt, um etwa einen Skandal anzuprangern oder sich dem Machthaber einer Regierung entgegen zu stellen. Schließlich bezeichnet – durchaus missverständlich – Öffentlichkeit bzw. öffentliche Meinung das Aggregat von in Umfragen ermittelten

individuellen Auffassungen und Positionen zu einem Thema, obgleich diese Individualmeinungen nicht an die Öffentlichkeit gerichtet und im Hinblick auf öffentliche Resonanzen kalkuliert wurden.

Im Kontext unserer Fragestellung beziehen wir uns auf Öffentlichkeit als einen Raum, in dem sich eine Vielzahl von individuellen und kollektiven Sprechern zu Themen meldet, die weithin als *res publica*, als öffentliche Angelegenheiten, gelten und deshalb auch vor einem prinzipiell unabgeschlossenen Publikum verhandelt werden. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass sich dieses Publikum aus praktischen Gründen – zum Beispiel aufgrund der Kapazitätsgrenzen physischer Räume – als limitiert erweist. Gerhards und Neidhart (1990) folgend können drei Ebenen von Öffentlichkeit unterschieden werden: (1) weitgehend unstrukturierte Interaktionsöffentlichkeiten kleiner Gruppen ohne feste Rollenverteilung (z.B. Kneipen, Wartezimmer, Plätze vor Imbissbuden), (2) Veranstaltungsöffentlichkeiten, die einen organisierten Rahmen mit zugeteilten Rollen für Moderatoren, Vortragende, Publikum usw. bieten; (3) massenmediale Öffentlichkeiten, in denen relativ wenige Sprecher einem großen, nicht miteinander interagierenden Publikum gegenüber stehen und die Themen und Rollen durch einen professionalisierten Apparat bestimmt werden. Kategoriale Unterscheidungen dieser Art und daran anknüpfende Überlegungen sind durchaus vorhanden, doch ist insgesamt zu konstatieren, dass eine Soziologie der Öffentlichkeit noch relativ wenig zu bieten hat. Wichtige Anfänge sind jedoch gemacht (Luhmann 1990; 1995; Neidhardt 1994a; 1994b; 2000; Peters 1994). Empirische Forschungen, die sich vergleichend den Voraussetzungen, Strukturen und Wirkungen dieser drei Öffentlichkeitsformen zuwenden, sind nicht vorhanden.

Anders verhält es sich dagegen im Hinblick auf die Massenmedien. Das ist nicht erstaunlich, sind sie doch hinsichtlich der Themen und Sprecher, der Größe des Publikums und der Zeit, die das Publikum für den Medienkonsum investiert, die mit weitem Abstand bedeutendste Form von Öffentlichkeit, insbesondere der *politischen* Öffentlichkeit (Gerhards 1991). Massenmedien sind für nahezu alle Arten von politischen Akteuren unumgänglich und nicht zuletzt deshalb auch ein Objekt politischer Regulierung. Zudem sind sie ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor als eigenständiger Arbeitsmarkt mit ausdifferenzierten Professionsrollen. Entsprechend ihrer großen Bedeutung bilden Massenmedien auch einen zentralen Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, namentlich der Mediensoziologie und der Kommunikationswissenschaft, die ihrerseits wiederum in spezifische Felder, z.B. Zeitungswissenschaft, Medienwirkungsforschung usw. ausdifferenziert ist (für einen Überblick siehe Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998; Pürer 2003).

Medienwissenschaft und Kommunikationswissenschaft haben überzeugend dargelegt, dass Massenmedien nicht einfach Realität widerspiegeln (z.B. Tuch-

mann 1978). Obgleich ein „Fenster zur Welt“, sind Medien doch mehr als nur ein Rahmen, der den Bildausschnitt bestimmt. Sie sind vielmehr Konstrukteure eines Bildes, das sie selbst nur sehr partiell aus erster Hand, d.h. als Augenzeugen gewinnen. Und selbst wo sie dies tun, sind – wie bei jeder Beobachtung – immer schon vorgängige Selektions- und Deutungsmuster am Werk, die in die Realitätskonstruktion einfließen. In einer kurzen Formel: *media are not mirrors but moulders*.

Massenmedium ist nicht gleich Massenmedium. Die mediale Wirklichkeitskonstruktion, die ja nicht einfach Fiktion ist, sondern an erfahrbare und teilweise nachprüfbarere Tatsachen und Vorgänge rückgebunden bleibt, ist auch von den Besonderheiten des jeweiligen Mediums – insbesondere Zeitungen, Radio, Fernsehen, Film und Internet – geprägt. Und selbst innerhalb dieser Mediengattungen bestehen wiederum Strukturunterschiede (z.B. öffentlich-rechtliches vs. privates Fernsehen; Qualitätszeitung vs. Boulevardzeitung), die die Auswahl und Präsentation der Themen beeinflussen.

Ein großer Teil des Themenangebots der Massenmedien hat einen unterhaltenden oder Unterhaltung und Information verbindenden Charakter (infotainment). Ein anderer Teil zielt darauf, kontroverse Positionen und Argumente zu bestimmten Themen wiederzugeben und auch – mehr oder weniger offen – von Medien selbst vertretene Meinungen zur Geltung zu bringen. In diesem Zusammenhang kann von öffentlichen bzw. spezifischer: massenmedialen Diskursen gesprochen werden. Allerdings wird damit ein anspruchloser Begriff von Diskurs verwendet, der im Regelfall nicht den Voraussetzungen von Habermas' Diskurs entspricht. Öffentlicher Diskurs bedeutet nicht mehr als eine in der Öffentlichkeit ausgetragene Debatte um ein kontroverses Thema, sei es um die Ästhetik eines auf dem Marktplatz ausgestellten Kunstobjekts, sei es um die Vor- und Nachteile der neoliberalen Globalisierungsstrategie. Eingeschlossen ist auch der zumeist latent bleibende Sachverhalt, dass viele Meinungsäußerungen nicht als solche explizit kenntlich sind (z.B. in der Rubrik „Kommentar“), sondern auch im Gewande eines Faktenberichts, z.B. einer Nachrichtensendung, vorkommen (van Dijk 1998).

Diskurse werden in wissenschaftlichen Kontexten durch Diskursanalysen erschlossen. Mit diesem Sammelbegriff werden jedoch höchst unterschiedliche theoretische Zugänge und empirische Verfahren benannt, die hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden sollen. Sie können sich u.a. auf Alltagsgespräche, wissenschaftliche Auseinandersetzungen, parlamentarische Debatten und massenmediale Thematisierungen von Konfliktthemen beziehen, können qualitativ oder quantitativ angelegt sein oder beide Elemente verbinden; können auf die Erhebung formaler oder stärker inhaltlicher Merkmale abzielen usw. Hierzu gibt es eine Fülle von Literatur und einen reichen Erfahrungsschatz auch hinsichtlich

der methodischen Zugänge. In unserem Zusammenhang ist die quantitative Inhaltsanalyse von politischen Diskursen von besonderem Interesse. Auch hierzu liegen zahlreiche Studien vor (Weßler 1999; Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998; Ferree et al. 2002). Allerdings gibt es kaum Studien, in denen themenzentrierte Diskurse im Internet und in anderen Mediengattungen miteinander verglichen werden. Und noch seltener sind derartige Vergleiche, die das Internet als eine Gattung einbeziehen würden, zumal es aufgrund seiner besonderen Eigenschaften besondere Probleme aufwirft, da es, im Unterschied zu einzelnen Zeitungen oder Rundfunksendungen, einen tief gestaffelten und nahezu unendlichen Kommunikationsraum darstellt, der besondere Anforderungen an die Prinzipien und Verfahren der Auswahl des zu untersuchenden Diskursmaterials stellt. Dieser Herausforderung suchen wir uns im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zu stellen.

1.2 Besonderheiten der Internet-Kommunikation – Diskussions- und Forschungsstand

Das Internet, obgleich im wissenschaftlichen und militärischen Bereich schon länger verfügbar, hat sich als Massenmedium erst ab Mitte der 1990er Jahre, dann allerdings in enormem Tempo, verbreitet. Laut der im Frühjahr 2005 durchgeführten ARD/ZDF-Online-Studie nutzten zu diesem Zeitpunkt 58 Prozent der Erwachsenen in Deutschland das Internet (Eimeren/Frees 2005). Damit liegt Deutschland im Mittelfeld der europäischen Länder.⁶ Experten gehen allerdings davon aus, dass das Internet – ähnlich wie schon heute das Telefon – längerfristig von 95 Prozent der Bevölkerung genutzt werden wird.

Diese Erfolgsgeschichte legt die Annahme nahe, das Internet biete eine Reihe von Vorteilen, die herkömmliche Medien nicht oder nur in weitaus geringerem Maße aufweisen. Einige dieser Vorteile, darunter die niedrigen Kosten, die Möglichkeit des raschen Zugriffs auf riesige Informationsbestände und Adressatenkreise sowie das ortsunabhängige Senden und Empfangen von Mitteilungen, liegen auf der Hand. Hinsichtlich anderer Möglichkeiten des Internet bestehen schon aufgrund seiner kurzen Existenz als Massenmedium erhebliche Unsicherheiten. Das betrifft (1) sein Potential als Medium der *politischen* Information, Partizipation und Mobilisierung, (2) seinen Beitrag zu mehr Chancen-

⁶ Nach einer Eurostat-Umfrage im Jahr 2005 benutzten in Deutschland 54 % der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren das Internet mindestens einmal pro Woche. EU-weit lag der entsprechende durchschnittliche Anteil bei 43 % (EU 25) bzw. 46 % (EU 15) (http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_science_technology&root=Yearlies_new_science_technology/1/15/ecb125_60).

gleichheit für alle Arten von wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren sowie (3) den Grad der Nutzung interaktiver und dezentraler netzbasierter Kommunikationsformen. Hierzu finden sich auf der einen Seite euphorische Erwartungen, auf der anderen Seite aber grundlegende Skepsis. Die Mehrzahl der vorliegenden Darstellungen der wissenschaftlichen Debatte um das politische Potential des Internet zeigt die Positionen dementsprechend entlang eines bipolaren Kontinuums auf, beispielsweise zwischen Utopisten und Dystopisten (Fisher/Wright 2001) oder Euphorikern und Skeptikern (Donges 2000). Die Positionen, die innerhalb der Debatte eingenommen werden, lassen sich hinsichtlich der Frage nach der Macht- und Herrschaftsrelevanz des Internet anhand von drei Theoremen unterscheiden (vgl. Bühl 1998: 353f.): (1) das Demokratisierungstheorem, dem zufolge das Internet zur Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen führt; (2) das Reproduktionstheorem, gemäß dem das Internet ein Spiegel der Realwelt ist, der die Herrschaftsverhältnisse in der wirklichen Welt im virtuellen Raum abbildet, und (3) das Potenzierungstheorem, nach dem das Internet zu einer neuen Stufe der Machtkonzentration durch die Vertiefung und Potenzierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse führt. Innerhalb der Debatte scheinen sich die extremen Positionen – ob positiv oder negativ – seit einigen Jahren jedoch abzuschwächen, sodass differenzierende und faktengestützte Meinungen und Annahmen an Gewicht gewinnen (Leggewie/Bieber 2001; Papacharissi 2002; Agre 2002; Barnett 1997; Marschall 1999; Donges 1999).

Gespalten ist die Diskussion auch hinsichtlich des Internet als eines Mediums der politischen Information und Partizipation. Zugespitzt lautet die Kernfrage: *Verändert das Internet die Bedingungen politischer Kommunikation in dem Sinne, dass die Bürgerschaft breiter und besser informiert ist und sich aktiver an politischen Diskursen und Auseinandersetzungen beteiligt?*

Bezogen auf diese Kernfrage ist zunächst festzuhalten, dass der Anteil politischer Kommunikation im Internet verschwindend gering ist. Sie macht nach Schätzungen nur einen Bruchteil des gesamten Datenverkehrs aus. „Auf der Seite der *Angebote* sind vielleicht 0,5 Prozent der Webseiten *explizit* politisch, noch weit weniger Mailinglisten oder Newsgroups sind dezidiert politisch.“ (Rilling 2001) Auf der Nachfrageseite sind laut ARD-ZDF-Online Studie zwar 47 Prozent der erwachsenen Onlinenutzer häufig bis gelegentlich im Internet, um „aktuelle Nachrichten und Informationen über das Geschehen in Deutschland und im Ausland“ zu verfolgen (Eimeren/Frees 2005: 367). Am häufigsten aber wird das Internet wohl für Unterhaltungszwecke und für wirtschaftliche Funktionen genutzt. Laut einer in Erfurt und Kassel durchgeführten Telefonbefragung werden nur 5 Prozent der Online-Zeit für politische Anliegen verwendet (Em-

mer/Voss 2004: 207).⁷ Selbst wenn immer größere Teile der Bevölkerung das Internet nutzen werden, ist nicht zu erwarten, dass der relative Anteil politischer Kommunikation deutlich zunehmen wird.

Gleichwohl können auch von kleinen Kommunikationsanteilen innerhalb eines Informationsnetzes, das Hunderte Millionen von Menschen umfasst, große Wirkungen ausgehen. Dies ist jedenfalls die Hoffnung vieler – und zumal transnational agierender – zivilgesellschaftlicher Gruppen, die verstärkt das Internet beanspruchen und daran hohe Erwartungen knüpfen.⁸ Einzelne Beispiele, wie der Fall des Studenten Peretti, der den Nike-Konzern herausforderte und eine Lawine von Kommunikationen auslöste (Bennett 2001; Rucht 2003), oder die breiten und erfolgreichen Mobilisierungen für den Bann von Landminen (Yang 2003) und gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 (Smith 2001b), bestärken diese Sichtweise. Entsprechend wird gefolgert, das Internet begünstige, gemessen an anderen Kommunikationsmedien, kleine und ressourcenschwache Akteure,⁹ fördere den politischen Informationsstand und Informationsaustausch und trage insgesamt zu einer Demokratisierung der Massenkommunikation und zu einer Stärkung der politischen Partizipation bei.¹⁰ So meint zum Beispiel Smith (2001a): „The new technologies, in short, help decentralize access to information – about political and legal processes, about policy critiques, and about resistance strategies and organization. This serves to reinforce the democratic, participatory norms that pervade much of the movement.“ Ein weiterer Vorteil wird darin gesehen, dass das Internet von Zensur weitgehend frei sei: Nirgendwo „sonst werden gesellschaftlich und politisch relevante Themen unzensuriert von einer so breiten Öffentlichkeit diskutiert“ (Musch 1996). Schließlich wird darauf hinge-

⁷ Auch im Vergleich zu den herkömmlichen Massenmedien wird das Internet weniger stark zur politischen Information herangezogen. Einer Umfrage zufolge nahm bei der Nutzung von Tageszeitung, Hörfunk und Fernsehen die gezielte Information über das politische Geschehen den ersten Rang unter 21 Antwortkategorien ein. Hingegen wird das Internet vorrangig bei der Suche nach Informationen über Kino, Musik, Literatur sowie für wirtschaftliche Anliegen eingesetzt (Blödmann et al. 2005: 643 f.).

⁸ Hingegen sieht Siedschlag (2003: 14) den Beitrag des Internet für die „sich abzeichnenden erweiterten Möglichkeiten für Willensbildung und Partizipation“ vor allem „im Bereich der Partei- und Parlamentsarbeit“.

⁹ „Die neuen Netztechnologien begünstigen Gruppierungen, die über viel Idealismus und Engagement, aber wenig Geld verfügen, während reichliche Geldmittel allein keinen Erfolg verbürgen. Unter ihrem Einfluss wird die Binnenmobilisierung und das Mitgliederengagement zu den bestimmenden Kriterien, die die innere Kohäsion eines Verbands einerseits und seine externen Artikulations- und Handlungsfähigkeiten andererseits determinieren.“ (Geser 2000)

¹⁰ Dies meint auch eine Minderheit in der Bevölkerung. „Insgesamt 29 % der Befragten in Deutschland (34 % der Onliner, 25 % der Offliner) glauben, dass das Internet dazu beitragen kann, dass der einzelne Bürger stärker an politischen Entscheidungen teilhaben kann. Damit sind sie im internationalen Vergleich vergleichsweise positiv eingestellt.“ (Groebel/Gehrke 2003: 202; siehe auch Hill/Hughes 1998; Rogg 2003; Ferdinand 2004; Siedschlag/Bilgeri 2004).

wiesen, zivilgesellschaftliche Organisationen könnten durch das Internet mehr Mitglieder rekrutieren und diese enger an sich binden.

„A reduction in information costs will improve the quality and quantity of information about groups available to prospective members. People will be more likely to find a group that fits their interests and less likely to join a group that does not fit their interests. The result is a better fit from the start of their membership and a reduced likelihood that they will drop out. Lower organization costs may also draw members into the organization more fully. By participating more actively in the organization, members may be less likely to leave.” (Bonchek 1995)

Dagegen steht allerdings eine ganze Reihe von Argumenten, die zusammengekommen zu Skepsis gemahnen (Rucht 2004a; 2004b). Unter anderem wird auf Folgendes verwiesen: Durch das Internet würde die Fragmentierung der Öffentlichkeit beschleunigt, was der Qualität von Demokratie abträglich sein könnte (Sunstein 2001); bei der praktischen Nutzung des Internet stünden die ohnehin schon dominanten Interessengruppen und sonstigen Akteure im Vordergrund; die schiere Fülle des Informationsangebots erzwingt radikale Selektionen und den Gebrauch entsprechender Selektionshilfen, die wiederum kleine Akteure benachteiligten; nur die bereits politisch interessierten und aktiven Personen nutzten das Internet auch für politische Zwecke; auch antidemokratische Gruppierungen profitierten vom Internet; Informations- und Diskussionsangebote im Internet genügten nicht, wie journalistisch kontrollierte Medien, bestimmten Qualitätsstandards; das Internet könnte längerfristig den Charakter einer „Herrschaftsarchitektur“ (Lessig 2004) annehmen usw.

Während die Diskussion in ihren Anfängen¹¹ auf einer weitgehend spekulativen Ebene ohne empirisch fundierte Erkenntnisse stattfand, nimmt spätestens seit Ende der 1990er Jahre der empirische Kenntnisstand kontinuierlich zu (Wellman 2004: 378). Empirische Studien, die das politische Potential des Internet untersuchen, lassen sich in Studien der Internetnutzer, der Anbieter und der strukturellen Besonderheiten des Internet unterteilen (vgl. Zimmermann 2006).

Studien auf der Nutzerebene untersuchen in erster Linie Verbreitung, Häufigkeit und Art der Internetnutzung sowie soziodemographische und sozioökonomische Merkmale von Nutzern und Nicht-Nutzern. Die meisten Arbeiten in diesem Feld sind quantitative Erhebungen, die auf herkömmliche Befragungsmethoden zurückgreifen, teilweise aber auch Online-Befragungen. Zu Beginn waren solche Studien in erster Linie von wirtschaftlichen Interessen geleitet und wur-

¹¹ Die Kontroverse um das demokratische Potential des Internet hat sich Anfang der 1990er Jahre in den USA entzündet und wird seit Mitte/Ende der 1990er Jahre auch in Deutschland geführt (vgl. Bieber 1999).

den von Marktforschungs- und ähnliche Unternehmen durchgeführt. Später gaben auch staatliche Institutionen derartige Studien in Auftrag, wissenschaftlich initiierte Forschung nahm zu und Langzeitprojekte wurden ins Leben gerufen, wie beispielsweise das Pew Internet & American Life Project (<http://www.pewinternet.org>) oder das World Internet Projekt (<http://www.worldinternetproject.net/>; vgl. Wellman 2004).

In Bezug auf das demokratische Potential des Internet sind insbesondere solche Studien von Interesse, die sich mit dem so genannten *digital divide* beschäftigen (z.B. Katz/Rice 2002; Norris 2001; Chen/Wellman 2003; Selwyn 2004). Dabei können drei Formen unterschieden werden: (1) ein *global divide*, das die ungleichen Zugangs- und Nutzungschancen des Internet zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufzeigt, (2) ein *social divide*, das die Schere zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft in Bezug auf Internetzugang und -nutzung sichtbar macht (*information rich* und *information poor*), und (3) ein *democratic divide*, das die Kluft zwischen den Bürgern aufzeigt, die die neuen Chancen für politisches Engagement, Mobilisierung und Partizipation nutzen und denen, die sie nicht nutzen (z.B. Norris 2001). Optimistische Einschätzungen gehen davon aus, dass sich diese Ungleichheiten zumindest in den Industrieländern allmählich abschwächen werden. Pessimistische Einschätzungen sehen hierin hingegen den Beginn einer tief greifenden strukturellen Spaltung innerhalb und zwischen Gesellschaften.

Andere Studien untersuchen das Verhältnis zwischen Internetnutzung und politischer Partizipation (z.B. Weber/Loumakis 2003; Tolbert/McNeal 2003; Bimber 2001; Norris 2001; Scheufele/Nisbet 2002). Die meisten kommen zu dem Schluss, dass das Internet vor allem von jenen Bürgern zur politischen Partizipation und Information genutzt wird, die ohnehin politisch interessiert und aktiv sind, während der Teil der Bevölkerung, der kein Interesse an Politik hat, auch das Internet nicht zur politischen Information oder Partizipation heranzieht.¹² In der überwiegenden Mehrheit basieren Untersuchungen der Nutzerseite auf Analysen statistischer Zusammenhänge.

Einen Sonderfall der Nutzerstudien stellen die Untersuchungen von Online-Diskussionsforen, Electronic Bulletins, Mailing-Listen oder USENET-Gruppen dar (Jensen 2003; Tsaliki 2002; Reid 1999; Jankowski/van Os 2004; Roberts et al. 2002; Rheingold 1993; Schulz 2000; Schneider 1997). Hier wird das Verhalten von Nutzern bestimmter Webseiten, welche einen kommunikativen Austausch oder Diskussionen ermöglichen, anhand inhalts- bzw. diskurstheoretischer Methoden untersucht. In der überwiegenden Zahl der Fälle wird die Kommuni-

¹² „With the important exception of age, if the profile for Net users is similar to the profile for those already most likely to participate politically, the Internet may function to reinforce rather than transform the existing social inequality in civic society.“ (Norris 2000)